Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Strassen ASTRA
3003 Bern

3. Dezember 2007

NFA Strasse, Vernehmlassung zur Weisung über die Daten für das Verkehrsmanagement Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 25. Oktober 2007 hat uns das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK eingeladen, zum Entwurf einer Weisung des Bundesamtes für Strassen ASTRA Stellung zu nehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und lassen uns wie folgt vernehmen.

Allgemeine Bemerkung:

Der Weisungsentwurf wurde uns relativ kurzfristig zur Prüfung vorgelegt. Auch ist er unseres Erachtens in einer teilweise unübersichtlichen Weise abgefasst, so dass es bei der Umsetzung zu Missverständnissen und Unklarheiten kommen könnte. Hier besteht ein Optimierungspotential, welches zu Gunsten der anwendenden Behörden ausgeschöpft werden sollte.

Aus diesen Gründen und insbesondere weil uns die Vorgaben des Bundes zur Datenübermittlung (vgl. Ziffer 3 des Entwurfs) noch nicht bekannt sind, können wir uns nachfolgend lediglich zu einzelnen Punkten äussern:

Zu Ziffer 3:

Auf welchen Zeitpunkt stehen die „geeigneten Werkzeuge zur Übermittlung der Verkehrsdaten“ zur Verfügung? Wie sehen diese Werkzeuge aus?

Wir gehen davon aus, dass die Kantone die Daten über ein einziges System und nur an die Verkehrsmanagementzentrale VMZ-CH des Bundes weiterzuleiten haben. Die Übermittlung über verschiedene Systeme wäre nicht sachgerecht.

Zu Ziffer 4.1 B. Aktuelle und prognostizierte Daten zur Verifizierung der Verkehrslage:

Im Kanton Solothurn verfügt die Polizei aktuell lediglich für die A5 über Angaben über den Verkehrsfluss. Auf der A1 steht uns derzeit keine Verkehrssteuerung zur Verfügung.

Es stellt sich demnach die Frage, wer für die Errichtung entsprechender Messstellen verantwortlich ist. Sobald solche Stellen vorhanden sind, werden wir in der Lage sein, die gewünschten Daten weisungskonform zu übermitteln.

Zu Ziffer 4.1 D. Aktuelle spontane Ereignisse:

Die vorgeschlagenen Fristen, in welchen die Kantone die Daten zu melden haben, sind zu kurz bemessen. Dies gilt insbesondere für Priorität 1 und 2, welche eine Meldung innert 1 bzw. 3 Minuten vorsehen. Vordringlichste Aufgabe der kantonalen Behörden und insbesondere der Polizei ist es zunächst, die erforderlichen Sofortmassnahmen (Schutz und Rettung) zu treffen. Der Weiterleitung der Ereignismeldung kommt in solchen Fällen untergeordnete Bedeutung zu.

Abschliessende Bemerkung:

Da uns keine näheren Informationen betreffend Übermittlung der Verkehrsdaten vorliegen (vgl. Ziffer 3 des Entwurfs), können wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt lediglich unter Vorbehalt zu-sichern, dass die zuständige Behörde des Kantons Solothurn der VMZ-CH von Beginn des Jahres 2008 an in der Lage sein wird, die gewünschten Daten weisungskonform zu übermitteln. Wir versichern Ihnen allerdings, eine gut funktionierende Zusammenarbeit anzustreben und die Vorgaben der Weisung -- sofern technisch machbar -- innert Frist umzusetzen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass die Generierung zusätzlicher Daten, deren Aufbereitung und Weiterleitung personelle Ressourcen benötigen. Die entsprechenden Kosten sind, dem Kostenverursacherprinzip entsprechend, vom Bund zu tragen.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns die Bemerkung, dass es für uns eine erhebliche Erleichterung wäre, wenn die zuständigen Bundesstellen in Zukunft in Bereichen, welche den Kantonen wie vorliegend Pflichten auferlegen, diese von Beginn an enger in den Umsetzungsprozess mit einbeziehen und am Ende eines Projektes angemessene Fristen setzen würden.

Wir bitten Sie, unseren vorgebrachten Bedenken bei der Überarbeitung des Weisungsentwurfes Rechnung zu tragen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber